

Zentralorgan

Verbandes der Hausangestellten Deutschlands

Für Mitglieder kostenlos.
Für Nichtmitglieder vierteljährl. 2,50 Mk. exkl.
Zu beziehen durch die Post.

Juli 1920

Verlag und Expedition:
Luise Käbler, Berlin SO. 16, Engelufer 21.
Redaktionschluss am 18. J. M.

Redaktion: Wilhelmine Käbler, Berlin-Steglitz, Pötenronstraße 18 III.

Die Hausangestellten und die Einkommensteuer.

Die Nationalversammlung hatte die schwere Aufgabe, auch neue Einnahmequellen zur Bestreitung der Mißenausgaben des Reiches zu suchen. Hierbei hat sie auch unter anderem zum Erlaß eines Einkommensteuergesetzes gegriffen.

Die Durchführung des neuen Gesetzes bringt manche einschneidenden Neuerungen. Namentlich für euch, für die Hausangestellten. Damit sie nicht von manchen Vorgängen überrascht werden und damit sie etwas „im Bilde“ sind, seien nachstehend einige Aufklärungen gegeben. Im allgemeinen gehören die Hausangestellten mit zu den steuerpflichtigen Personen. Zum steuerpflichtigen Einkommen gehört auch das Einkommen aus Arbeit, und zwar alle Gehälter, Besoldungen, Löhne oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge und geldwerte Vorteile der in privaten Diensten beschäftigten Personen. Von dem zu versteuernden Einkommen können einige Abzüge gemacht werden, so können gekürzt werden die Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge, notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erwachsen sind, und einige andere Dinge mehr. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer (Abbildung) wird das Einkommen der Ehegatten zusammengerechnet. Die dauernde Trennung der Ehegatten steht der Auflösung der Ehe gleich. In gleicher Weise wird mit dem Einkommen minderjähriger Kinder verfahren, die im Haushalte des Steuerpflichtigen leben.

Steuerpflichtig ist nur der den Betrag von 1500 Mk. übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens. Dieser steuerfreie Einkommensteil erhöht sich für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person, deren Einkommen dem Steuerpflichtigen mit hinzugerechnet wird, um 500 Mk. Sind Kinder unter 16 Jahren vorhanden, so wird für jedes zweite und weitere noch je ein Betrag von 200 Mk. hinzugerechnet. Eine ledige Person, die 4500 Mk. steuerpflichtiges Einkommen hat, braucht hiernach nur 3000 Mk. zu versteuern. Hat sie ein Kind, braucht sie nur für 2500 Mk. Steuern zu zahlen. Hat sie zwei Kinder, von denen eins noch unter 16 Jahren ist, hat sie nur 1800 Mk. zu versteuern. Für Steuerpflichtige, die zur Haushaltung eines anderen Steuerpflichtigen zählen, beträgt der steuerfreie Einkommensteil nur 500 Mk. Das ist besonders für häusliche Dienstboten wichtig, die hierdurch etwas ungünstiger gestellt sind. Wenigstens nehmen wir an, daß die Dienstboten unter diese nachteilige Vorschrift mit fallen.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mk. des steuerpflichtigen Einkommens 10 Proz., für die nächsten 1000 Mk. = 11 Proz., für die weiteren 12 Proz. und so weiter. Hat also ein lediger Dienstbote, der zur häuslichen Gemeinschaft eines anderen Steuerpflichtigen gehört, ein steuerpflichtiges Einkommen von 4000 bis 5000 Mk., so hat er durchschnittlich 12 Proz. von ihm an Steuern zu zahlen, also z. B. bei 4500 Mk. etwa 540 Mk. Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungspflicht des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 Mk. nicht übersteigt. Alle Personen, deren steuerbares Einkommen den Betrag von 3000 Mk. übersteigt, sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Jeder Steuerpflichtige erhält einen Steuerbescheid. Eine der wichtigsten Bestimmungen ist folgende: Der Arbeit-

geber, also auch die Dienstherrschaft, hat bei der Lohnzahlung im allgemeinen 10 Proz. des Arbeitslohns oder des Gehalts zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Wie schon oben angegeben, gilt als Arbeitslohn jede in Geld oder Geldswert bewirkte Vergütung für Arbeitsleistungen. Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge ist zur Bemessung des einzubehaltenden Betrages mit dem Betrage anzurechnen, der sich aus den Lohn- und Tarifvereinbarungen ergibt. Wegen solche Vereinbarungen nicht vor, so ist der Wert der Natural- und Sachbezüge nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Versicherungsamt nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat. In Abzug kommen die Beiträge zur reichsgesetzlichen Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie dem Arbeitnehmer zur Last fallen. Zwar haben die Hausangestellten vielfach schon Tarifverträge, doch ist in ihnen bislang nur selten der Wert der Naturalbezüge (wie freie Beköstigung usw.) angegeben. Es werden daher meist die Durchschnittssätze für die Sachbezüge zur Anwendung kommen, wie sie vom Versicherungsamt festgesetzt werden. Dieser Abzug ist bei jeder Lohnzahlung zu bewirken. Der einzubehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden.

Damit die ganze Einrichtung nicht zu besonderen Härten für Hausangestellte führt, ist noch folgendes bestimmt worden: Treffen bei einem Arbeitnehmer Barlohn und Natural- und sonstige Bezüge zusammen, und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so beschränkt sich der Abzug auf 20 Proz. des Barlohns. Werden also z. B. monatlich 80 Mk. in bar gezahlt und vielleicht 120 Mk. nach den vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Verpflegung gerechnet, so sind doch nur 16 Mk. (20 Proz. des Barlohns) abzuziehen. Die Verpflichtung des Arbeitgebers besteht für jede vom 25. Juni ab stattfindende Lohnzahlung.

Durch die Zeitungen läuft eine Mitteilung des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine, der auf Grund von Auskünften, die er angeblich im Reichsfinanzministerium erhalten hat, darauf aufmerksam macht, daß es eine Umgehung der Gesetzesvorschriften bedeuten würde, wenn der Haushaltungsvorstand den Steuerbetrag nicht in Abzug brächte, sondern selbst zahlte. Wiederholte Schenkungen gelten als Einkommenserhöhung und seien dementsprechend auch steuerpflichtig. Diese Angst vor Gesetzesverstößen ist recht rührend.

Jeder Arbeitnehmer hat sich vor Beginn des Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Die Steuermarken, die vom Arbeitgeber in die Steuerkarte einzukleben sind, können von der Post gekauft werden. Alles nähere steht auf der Steuerkarte selbst geschrieben, die daher jedermann genau durchlesen muß. Tritt der Fall ein, daß ein Steuerpflichtiger zu viel Steuer in der Gestalt der 10 oder 20 Proz. entrichtet hat, als er endgültig nach der Veranlagung zu bezahlen hat, so bekommt er den zuviel bezahlten Betrag für spätere Zeiten gutgeschrieben oder in bar erstattet. Etwa fehlende Beträge sind von dem Steuerpflichtigen nachzuzahlen.

Die Steuerkarte ist Eigentum des Steuerpflichtigen; er hat sie zu verwahren und bei jeder Lohnzahlung zum Einkleben und Entwerten der Steuermarken dem Arbeitgeber vorzulegen. Der

Arbeiter oder Diensthote ist verpflichtet, dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den abgezogenen Steuerbetrag usw. anzustellen. Das neue Gesetz ist mit dem 25. Juni 1920 insofern in Kraft getreten, als von diesem Tage an die Abzüge zu beginnen haben. Es sind schwere wirtschaftliche Lasten, unter denen wir zu leiden haben, die in der Hauptfrage auf den verlorenen Krieg zurückzuführen sind. Sie werden uns noch lange bedrücken. Die Zeit wird aber auch diese Wunden heilen. Fr. Kl.

Die Steuerabgabe und die Hausangestellten.

Keine der arbeitenden Bevölkerungsschichten wird von der Steuerabgabe so schwer betroffen wie gerade die Hausangestellten. Kein Verband hat so schwer kämpfen müssen um eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entlohnung seiner Mitglieder wie der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands. Noch heute bestehen Löhne von 30 Mk., 20 Mk., ja 15 Mk. im Monat, davon dann 20 Proz. Steuern in Abzug gebracht, bleiben 24 Mk., 16 Mk. und 12 Mk. für vier Wochen Arbeitsleistung. Es wird dies ein neuer Grund sein, diesem Beruf immer mehr den Rücken zu kehren, wenn die Hausfrauen (Arbeitgeberinnen) nicht den berechtigten Wünschen der Hausangestellten auf eine zeitgemäße Entlohnung nachkommen. Der Zentralverband der Hausangestellten bemüht sich seit Ausbruch der Revolution unausgesetzt, für seine Mitglieder mit den Hausfrauen gemeinsam die Gehaltsfrage zu lösen. Die Hausfrauenorganisationen weigern sich, Tarife mit den Hausangestellten festzulegen. Die Hausangestellten aber können sich bei den heutigen Verhältnissen nicht die allernotwendigsten Kleidungsstücke anschaffen und fallen darum an vielen Orten bereits der Armenpflege zur Last. Die Mädchen, die allein in der Welt stehen und ihre Arbeitskraft voll in den Dienst des Haushaltes stellen, empfinden dies als eine Entwürdigung und verlassen auch aus diesen Gründen den Beruf als Hausangestellte.

Wir richten darum an alle Gewerkschaften die Bitte, in ihren Kreisen dafür Sorge zu tragen, daß sich alle dem Hausangestelltenberuf zuzurechnenden Kolleginnen ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, anschließen. Nur durch eine machtvolle Organisation wird es möglich sein, auch diesen Arbeiterinnen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands.
Berlin SO. 16, Engelshufer 21, 3.

Der Steuerabzug.

Durch die Vorschrift, ein ganzes Jahr lang den Abzug von 10 Proz. durchzuführen, würde manchem an Steuern mehr einbehalten als er zu zahlen verpflichtet ist. Erhielte er dann erst nach der endgültigen Veranlagung, also erst im nächsten Jahre, die zuviel gezahlten Beträge zurück, so wäre das ein Unrecht. Auch die Verpflichtung der Steuerbestellen, die zuviel gezahlten Beiträge schon vorher herauszugeben, macht dies Unrecht nicht gut, da die Herauszahlung nur auf Antrag erfolgen soll und sich dann noch lange hingziehen würde.

Gerade so sind die Bestimmungen in Bezug auf die Hausangestellten nicht haltbar, daß 20 Proz. des Barlohns abzuziehen sind, wenn neben ihm Naturalbezüge gewährt werden, deren Wert den Barlohn übersteigt.

In diesen und anderen Einzelheiten sind Änderungen des Gesetzes geboten.

Entsprechende Anträge sind bereits im Reichstag gestellt und werden ihn voraussichtlich bald schon beschäftigen.

Protest der Hausangestellten.

Am Sonntag, den 13. Juni, zeigten die Hausangestellten in allen unseren Ortsgruppen durch gut besuchte Protestversammlungen, daß sie nicht gewillt sind, sich länger als Skioffend der Gesetzgebung und der Gesellschaft behandeln zu lassen. Für die gesamte Arbeiterschaft hat eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit Geltung erlangt. Auch Verbesserungen anderer Art sind für alle anderen Berufsgruppen zu verzeichnen.

Wenn auch durch Eingreifen des Zentralverbandes der Hausangestellten schon in vielen Fällen manches zum Vorteil der im Beruf Tätigen

geschaffen werden konnte, so weichen die Verbesserungen für den ganzen Beruf nicht aus, und ganz besonders sind die Rechtsgrundlagen für die Hausangestellten so gut wie gar nicht vorhanden. Neben der Bezahlung ist es in erster Linie die Arbeitszeit, die ganz dringend einer gesetzlichen Regelung bedarf. Sie beträgt in den weitaus meisten Fällen 14 bis 16, ja 18 Stunden am Tage. Alle Bemühungen, in dieser Angelegenheit Wirkames zu schaffen, sind an der Ablehnung der Hausfrauen gescheitert. Wohl haben wir in verschiedenen Städten Tarifverträge, die auch die Dauer der Arbeitszeit festlegen. Auch sogenannte Anstellungsverträge sind vereinbart, deren Einhaltung aber alles zu wünschen übrig läßt. Es ist ja nun ein Hausangestelltengesetz in Bearbeitung, das an die Stelle der Gewerbeordnungen treten soll. Dieses Gesetz muß selbstverständlich auch die Arbeitszeit festlegen. Die Hausfrauenvereine sehen nun alle Hebel in Bewegung, um dies zu vereiteln. Gesagt muß ja in so einem Gesetz über die Arbeitszeit etwas werden, und da will man, um die Arbeitskraft der Hausangestellten möglichst lange in Anspruch nehmen zu können, eine begrenzte Ruhezeit festlegen. Eine acht- bis neunstündige Ruhezeit bedeutet aber in der Praxis eine 15- bis 16stündige Arbeitszeit. Das ist das Bestreben der Hausfrauenvereine. Selbst Körperkassen, die sich als sozialdenkend bezeichnen, unterstützen jetzt die Forderung der Hausfrauen auf Ruhezeit. Dies zeigt uns, daß wir auf uns selbst gestellt sind und zur Selbsthilfe greifen müssen.

Am Sonntag haben nun die Hausangestellten in allen Ortschaften gezeigt, daß sie sich ganz energisch dagegen zur Wehr setzen. Sie verlangen, daß sie als nicht zu unterschätzende Gruppe im deutschen Volk ihren berechtigten Forderungen entsprechend volle Berücksichtigung finden.

Besuch und Verlauf der Protestversammlungen war überall gut. Folgende Resolution wurde in allen Ortsgruppen angenommen:

„Die am 13. Juni 1920 versammelten Hausangestellten erheben einmütig Protest gegen die in ihrem Beruf noch immer bestehende überlange Arbeitszeit, welche noch heute 13 und 14, ja bis 18 Stunden täglich beträgt.“

Für alle Arbeitergruppen besteht seit dem 1. Januar 1919 eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit, nur der Hausangestellten hat man damals nicht gedacht.

Alle Bemühungen des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands, auf dem Wege des Tarifvertrags die Arbeitszeit zu regeln und dem kommenden Hausangestelltengesetz vorzuarbeiten, scheiterten an dem ablehnenden Verhalten der Arbeitgeberchaft.

Wie dringend notwendig diese Regelung ist, beweisen seit dem Jahre 1914 die Statistiken der Krankenkassen, denn erst von diesem Zeitpunkt an sind auch die Hausangestellten krankenversicherungspflichtig.

Das statistische Material spricht eine deutliche und eindringliche Sprache von Schäden geistiger und körperlicher Art in unzähligen Fällen, welche durch die überlange Arbeitszeit hervorgerufen worden sind.

Der neue Reichstag, insbesondere das Reichsarbeitsministerium, werden daher ersucht, bis zur endgültigen Fertigstellung eines Hausangestelltengesetzes auf dem schnellsten Wege wenigstens die Arbeitszeit auch für die Hausangestellten gesetzlich zu regeln.

Es laun für uns weder eine festgelegte Ruhezeit noch Arbeitsbereitschaft in Frage kommen, sondern auch wir fordern für unseren Beruf eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit.

Unsere Forderungen an den Gesetzgeber lauten:
Der Hausangestellte hat eine Arbeitszeit von 10 Stunden; sie darf nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 Uhr abends enden.

Der jugendliche Hausangestellte unter 18 Jahren darf nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden, und darf die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 7 Uhr abends enden.

In einem zu vereinbarenden Wochentage muß die Arbeitszeit um 8 Uhr nachmittags und am Sonn- und Feiertag um 2 Uhr beendet sein.

Jeder vierte Sonntag ist ganz arbeitsfrei.
Die Pausen betragen täglich 2 Stunden.

Von den Vertretern und Vertreterinnen aller sozialistischen Parteien des neuen Reichstags erwarten wir aber, daß sie unsere berechtigten Forderungen nicht nur unterstützen, sondern sich auch für eine schnelle Erledigung voll und ganz einsetzen.“

Der neue Reichstag.

Dem neuen Reichstag gehören 466 Abgeordnete an, die sich auf die Parteien in folgender Aufzählung verteilen:

Sozialdemokratische Partei	119
Unabhängige sozialdemokratische Partei	81
Zentrum	68
Deutschnationale	68
Deutsche Volkspartei	62
Demokraten	45
Bayerische Volkspartei	20
Hannoversche Landespartei	5
Bayerischer Bauernbund	4
Kommunisten	2
Christliche Volkspartei	1

Es erhielten Stimmen bei der letzten Reichstagswahl:

Sozialdemokraten	5 614 132
Unabhängige	4 894 317
Deutschnationale	3 736 778
Deutsche Volkspartei	3 606 316
Zentrum	3 540 830
Demokraten	2 202 334
Bayerische Volkspartei	1 171 722
Kommunisten	441 995

Von allen sonst noch aufgetretenen Parteien erhielten jede weniger als hunderttausend, etliche erhielten sogar nur ein paar tausend Stimmen.

Eine Zunahme an Stimmen, und zwar eine erhebliche Zunahme, erhielten die Parteien, die sich während der Tätigkeit der Nationalversammlung zu ihr in **Gegnerschaft** befunden haben, das sind: die Unabhängige sozialdemokratische Partei, die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei.

Was der neue Reichstag der Arbeiterschaft und besonders den Hausangestellten bringen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls müssen die Hausangestellten sich im Zentralverband der Hausangestellten zusammenfinden, um durch wirtschaftliche Macht die Gesetzgebung günstig zu beeinflussen.

Lehren der Reichstagswahl.

Die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage haben, wie zu erwarten war, eine starke Verminderung der Mandate der Parteien zur Folge gehabt, die bisher die Regierung und die Koalition in der Nationalversammlung gebildet haben. Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhalten Mandate:

Sozialdemokraten	112	gegen 165	in der Nationalvers.
Unabhängige Sozialdemokraten	81	22	" "
Zentrum	68	89	" "
Deutschnationale	66	41	" "
Deutsche Volkspartei	62	22	" "
Kommunisten	2	—	" "
Verschiedene Parteien	31	7	" "

Das Resultat war vorauszusehen. Gegen die bisherigen Koalitionsparteien — und ganz besonders gegen die Sozialdemokratie — richtete sich die Unzufriedenheit der Wähler mit den gegenwärtigen Zuständen. Sie und ihre Vertreter in der Regierung wurden verantwortlich gemacht für die **Teuerung** und die **Knappheit** auf dem **Warenmarkt** und der **Arbeitslosigkeit**, für die hohen Steuern und für die **Denormalisation** der Bevölkerung. Sie sollten schuld daran sein, daß wir kaum 1½ Jahre nach dem fürchterlichen vierjährigen Kriege noch keine geordneten Verhältnisse im Lande haben.

Die große Masse des Volkes ließ sich von den maßlosen Angriffen fortreißen, die besonders gegen die Sozialdemokraten in der Presse und in Versammlungen erhoben wurden, und vergaß darüber vollständig die Abrechnung mit den Parteien und Volksführern, die unser armes Land in den Krieg hineingebracht und solange darin erhalten haben, bis Land und Volk nahezu von allen Werten entblößt war.

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist das Resultat der Wahlen kein erfreuliches. Seine Folgen werden sich zeigen in den Beschlüssen des Reichstages und in der Gestaltung der Gesetzgebung. Diese hat erst seit der Revolution angefangen, den Forderungen und Bedürfnissen der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Volkskreise Rechnung zu tragen. Eine ganze Reihe von Forderungen harren noch der Erfüllung.

Es hat z. B. der neue Reichstag die Aufgabe, ein den Zeitverhältnissen angepaßtes Arbeitsrecht zu schaffen. Ob dies bei dem geschwächten Einfluß der Sozialdemokraten in für die Arbeiterschaft günstigerem Sinne ausfällt, ist noch sehr zweifelhaft. Auch andere wichtige Fragen sind zu regeln. Wir wollen von diesen nur die **Wiederanknüpfung** der Beziehungen zu den Nachbarvölkern nennen. Auch hier werden sich größere Schwierigkeiten ergeben, weil jetzt Vertreter von Parteien in der Regierung sitzen werden, die mitschuldig sind an der Verschärfung und Verlängerung des Krieges, und die sich während des Krieges gegen einen Frieden ohne Annexion und ohne Entschädigung ausgesprochen haben. Die Vertagung der Konferenz in Spa dürfte keinen Zweifel darüber lassen, wie der Ausfall der Wahlen und die daraus entstandene Situation das Verhalten der Entente beeinflusst hat.

Leicht werden es die neue Regierung und der neue Reichstag nicht haben. Es ist sogar möglich, daß das deutsche Volk bald wieder zur Wahl aufgerufen werden muß, weil keine tragfähige Regierung vorhanden ist, denn die Vertreter der Regierung repräsentieren nicht die Mehrzahl der Wähler. Das zeigt uns aber,

welche Verantwortung die wahlberechtigten Personen zu tragen haben. Noch niemals haben wir so deutlich gesehen wie diesmal, daß tatsächlich das Schicksal des Volkes und des Landes in den Händen der Wähler liegt.

Mögen diese daraus lernen, daß man sich bei Wahlen nicht von Leidenschaften und von Augenblicksstimnungen leiten lassen darf, sondern daß man die Pflicht hat, ruhig und überlegend zu prüfen, ehe man den Stimmzettel abgibt.

Schützt eure Kinder.

Immer wieder möchte man den Müttern zuzurufen: Denkt an die Zukunft Eurer Kinder, gebt sie nicht als Ausbeutungsobjekt in einen fremden Haushalt; Ihr zerstört damit ihr Kinderglück und zieht Euch selbst Lohndrücker groß.

Der lange versprochene Besuch.

Die Großmutter kommt — so heiß es vor vielen Jahren, als ich nach Hannover kam und dasselbe Gefühl wie damals hatte ich, als ich auch jetzt einige Ortsgruppen besuchte. Am 7. Mai fuhr ich nach **Warburg**, um ein unserer „neuen Kinder“ zu besuchen. Sonnabend abend sollte eine Sitzung stattfinden, da aber noch kein Vorstand vorhanden war, hatte man den Kartellvorstehenden und unseren Vertreter geladen. Die Ansprache wird manche Anregung gegeben haben, zu beklagen war nur, daß der Vertreter des Kartells es für so wenig nötig hielt, zu erscheinen. Am Sonntagvormittag wurde die Abrechnung gemacht, und fort ging's nach **Gießen**. Wenn hier auch manche Enttäuschung war, so dürfte wohl die Gewißheit geblieben sein, daß auch in Gießen ein anderer „Zug“ reinkommt. Mit großen Worten ohne Taten macht man noch keine Arbeit, das dürfte für manche zutreffen. **Freitag** Montag, den 10. Mai, war **Koblenz** vorgesehen. Die Fahrt nach Koblenz, sie war schön! Mein erster Weg ging ins Arbeitersekretariat. Hier mußte ich erfahren, daß man mich gar nicht erwartet hatte. Schnell, aber ohne Besinnen traf der Kollege alle Vorbereitungen, Lie, weil dort amerikanische Besetzung ist, nicht so einfach erscheinend. Mit Hilfe lieber Kolleginnen ging die Arbeit aber flott vonstatten und konnten wir abends ein gutes Teil Kolleginnen umfieren. Ja, es war sogar möglich, einige Neuaufnahmen zu machen, da verschiedene Freundinnen mitgekommen waren. Der andere Tag galt **Trier**. Unsere Leiterin dort hat mit viel Liebe die Vorarbeiten gemacht, weiß sie doch aus eigener Erfahrung, daß gerade hier viel Opferwilligkeit und Ueberzeugung dazu gehört, um unseren Hausangestellten Klar zu machen, wie notwendig gerade für sie die wirtschaftliche Wesserstellung ist. Hier, wo die katholische Geistlichkeit noch das größte Vertrauen genießt. Darum dürfte es um so mehr anspornen, noch dazu wir jetzt einmal da sind. Damit ich rechtzeitig **Mainz** am 12. Mai erreichte, mußte die Reise ziemlich früh angetreten werden. 4 Uhr 47 Minuten sollte der Zug gehen, und zwar mit einem großen Umweg, denn auf geradem Wege wäre ich zu spät gelaufen. Es ging durch das Saargebiet, durch Saarbrücken. Bismarck wurden auf dieser Strecke Kisten und Koffer durchsucht, Pässe nachgesehen und vieles mehr. Es ist ein Teil des Deutschen Reiches, weider 16 Jahre von den Franzosen als besetzt gelten soll. Manchen leihen Gruß sandte ich hinüber und mußte daran denken, wieviel Hausangestellte dort sein mögen, die noch nichts davon ahnen, daß auch für sie eine freie Gewerkschaft da ist. Die Versammlung in Mainz war ja den Verhältnissen nach gut zu nennen. Hier waren die ersten Hausfrauen, die sich auch in der Versammlung zum Wort meldeten. Es trifft aber zu, was schon so oft gesagt wurde, je freundlicher diese Damen sind, um so vorsichtiger muß man sein, ja, um so mehr werden diese dazu beitragen, unsere Kolleginnen zu beeinflussen und sie zu hindern, ihre nur allzu gerechten Forderungen zu vertreten. Der Himmelfahrtstag war für **Biesbaden** bestimmt. Französische Straßennamen, Schildwachen der schwarzen Besatzungstruppen und vieles, was früher nicht da war, mußte jetzt befreundend auf den Besucher wirken. Unsere Kollegen und Kolleginnen hatten dort gute Vorarbeit geleistet, sie wurden durch den guten Besuch der Versammlung belohnt. Eine rege Aussprache brachte viel Interessantes, so daß alle Besucher wohl auf ihre Rechnung gekommen sind. Einige Mainzer Kolleginnen, die mich nach Biesbaden begleitet hatten, nahmen viel Anregung mit aus der Versammlung. In **Darmstadt**, die Stadt, in der auch noch während des Krieges Milch und Honig gekossen sein soll, traf ich am 15. Mai ein. Hier leitete ein beauftragter Kollege vom Kartell unsere Ortsgruppe, und dürften die Kolleginnen dort in guter Obhut sein. Die Versammlung hat gezeigt, daß manche Arbeit schon geleistet wurde und sicher noch geleistet wird zum Wohle unserer Mitgliedschaft. Anderen Tags ging es nach **Offenbach**. Da es Sonnabend war und die Hausangestellten an dem Tag gewöhnlich „Puffest“ haben, war nur eine gemeinsame Sitzung vorgesehen, die aber doch von verschiedenen Mitgliedern besucht war. Auch hier wird sicher die Aussprache dazu beigetragen haben, unseren Mitgliedern zu zeigen, wie notwendig der gemeinsame Zusammenichluß ist. Der Sonntag war für unser **Frankfurt a. M.** bestimmt. Schon tags zuvor hatte die Ortsleitung eine Vorstandssitzung veranstaltet, die zu rein praktischen Fragen Stellung nehmen sollte. Der Sonntag war gut vorbereitet, hatten doch die Kolle-

ginnen nicht nur für den guten Besuch einer Versammlung gesorgt, sondern auch daran gedacht, daß die Mitgliedschaft noch ein paar frohe Stunden miteinander verleben sollte. Eine Ansprache der Kollegin Brunner sowie frohliche Gesänge verschönten den Abend, so daß wieder mal der Beweis erbracht wurde, daß unsere Kolleginnen bei aller Arbeit auch daran denken, ihren Mitgliefern frohe Stunden zu bereiten. Montag, der 17. Mai, war für **Mannheim** bestimmt. Schon am 16. Mai wurde in Frankfurt bekanntgegeben, daß die Besorgungstruppen, die auch teilweise aus farbigen Truppen bestanden, am Montag früh Frankfurt verlassen sollten. Deshalb mußte die Reise nach Mannheim früh angetreten werden, damit nicht etwa unvorhergesehene Ereignisse eintreten und gar diese verhinderten. Alles ging aber wie vorgesehen. Leider war unsere Kollegin Wehl, die Leiterin der Ortsgruppe, sehr krank und konnte an der Versammlung, die nicht nur gut besucht, sondern auch einen herrlichen Verlauf nahm, nicht teilnehmen. Den Wunsch auf baldige Genesung wüßten wir unserer Kollegin aussprechen, damit sie bald wieder an den Erfolgen ihrer Arbeit Freude hat. In Karlsruhe, wo mit dem Kartell und auch mit dem Vorstand Besprechungen stattfanden, wurde abends die Versammlung verschönet, denn der dortige Frauenvorstand brachte einige Lieder zu Gehör. Neuaufnahmen und die anregende Aussprache dürften auch hier bestiegelt haben, daß auch in den freunfsten Städten unser Verband sich zu behaupten versteht. **Lahr**, ein kleines Städtchen, hatte an dem Tage noch eine politische Versammlung, die natürlich auf die unsere Einfluß hatte. Tessen aber ungeachtet war der Verlauf ein guter, denn die Herren Pfarrer beider Religionsgemeinschaften hatten uns die „Ehre“ angetan. Hier kam zum Ausdruck, daß beide die Führer der Ortsgruppe des Vereinsbundes und des katholischen Dienstdienstvereins sind. Recht sollen wir aber nicht haben, daß beide Organisationen gelbe Gewerkschaften sind — oder sind die Pfarrer kein Arbeitergelehrte? **Freiburg** hatte eine Versammlung, wo die Mitgliedschaft sicher noch lange daran denken wird. Hier waren es Anhänger des katholischen Vereins, die versuchen wollten, unsere Versammlung zu jähren, die aber doch einsehen mußten, daß sie sich hier zu fügen hatten, wenn sie nicht als die gelsten wollten, als die die Unterzöndete sie hinstellte. Können nur solche Pöfcher immer da sein, dann werden sie recht bald erkennen, wie so ganz anders für ihr Wohl bei uns gearbeitet wird. **Konstanz** wurde am 21. Mai besucht, und wünschte uns allen Mitgliefern, daß sie diese Fahrt hätten mitmachen können. Von Freiburg ging es durch Hohenal, dabei kam man ins Dummelreich und viele andere Orte. Ja, der Schwarzwald ist schön, und so manas es liebt. „Stadtmödel“ hat keine Ahnung von all den Herrlichkeiten da draußen. Auch in Konstanz war eine Versammlung, die viel Aufregung brachte, die aber auch der dortigen Kollegenschaft gezeigt hat, daß nur ein unermessliches Arbeiten die Mitglieder an die Organisation fesseln kann. Sonntag ging die Fahrt über den Bodensee, und fand mit zwei Vorstandsmitgliedern der dortigen Ortsgruppe eine Aussprache statt. Auch diese hat ein Kennenlernen gebracht und wird gezeigt haben, daß Worte Tat geben können zur Weiterarbeit.

Hoffentlich haben alle Versammlungen den Erfolg gebracht, daß nicht nur eine augenblickliche Begeisterung besteht, sondern auch Bestand hat. In dem Sinne möchte ich noch allen ein herzliches „Auf Wiedersehen“ zurufen. **Luise Köhler.**

Die Nöte unserer Hausangestellten im freien Deutschland.

Kollektivfreiheit für die gesamte arbeitende Bevölkerung, auch der Hausangestellten.

Durch Organisation (Zusammenschluß) der Kopf- und Handarbeiter nur ist es möglich, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, um vom Ertrage seiner Arbeit eine Erziehung zu haben, die den heutigen Verhältnissen entspricht. Die Hausangestellten, die Köchinnen, Gaus- und Zimmermädchen, Kinderfräulein und Kinder mädchen, Kindergärtnerinnen und Pflegerinnen, Aufwartungen, Reinmache- und Wochfrauen haben bis heute noch nicht viel von dem neuen Recht verspürt. In unseren Ortsgruppen des Zentralverbandes der Hausangestellten wie Celle i. Hann., Hannover, Stadthagen i. L., Minden i. Westf., Cölnbrück, Pilsfeld, Detmold, Stadthagen i. Br., Cappel, Dersfeld, Eshrege, Hildesheim, Schöningen, Salzhad, Rodhausen, Hagersleben, Cöthen, Müdel, Kemmiker, Lutin, Neustadt i. Holstein, Schleswig, Nechor, Negeled, Bremerhaven, Stade, Delmenhorst, Varel i. Oldenburg und Rellingen (Wilhelmshaven), wo Unterzeichneter referierte, arbeiten unsere Kolleginnen noch unter den erbärmlichsten Verhältnissen. Arbeitszeit von 14 bis 18 Stunden, keine Freizeit, keine Ferienzeit, dazu Löhne von 7,50, 15, 20 bis 60 Mk. im Monat konnte ich als Regel feststellen.

Als Schlaftränke dienen auch heute noch Bodenlöcher, wo im Winter den Kolleginnen Nase und Ohren erfrieren und man im Sommer keine Erholung durch die Hitze haben kann, wo nur das Vieh Platz hat, kein Schutz, nichts vor Gemütslichkeit. Entspricht das den Bedürfnissen eines Menschen, der seine Arbeitskraft reiflos zur Verfügung stellt? Wo ist da ein Interesse an der Gesundheit der Hausangestellten, bei der Hausfrau ihrer Arbeitgeberin?

Die Hausfrauen schenken Tarifverträge an und zahlen Löhne, bei denen die Mädchen zum Spießhaken werden und wodurch sie zur Dirne herabstufen; aber aber ins Wasser gehen, wie in einem Falle ein 31-jähriges Mädchen, 6 Jahre bei einer adligen Familie in Detmold für 25 Mk. im Monat, die sich nicht mehr beladen konnte. Ein anderer Fall 3 Jahre auf einer Stelle für 10 Mk. mußte im Januar seine Arbeit hartnäckig antreten, weil es nicht möglich war, vom Ertrage seiner

Arbeit sich Schuhe und Strümpfe kaufen zu können. Eine andere wurde für ein halbes Jahr mit 90 Mk. entlohnt, wo nach 30 Mk. für Versicherung abgezogen wurden, selbige war 18 Jahre alt. Ist das alles Lebensunterhalt? — Nein! Nehmt auch ein Beispiel an euren Vätern, Männern und Brüdern. Jahrzehntelange opferwillige Arbeit gehörte dazu, um auch den letzten der Arbeitsbrüder zu organisieren, um geschloffen und entschlossen für seine Erziehung zu kämpfen. Nur Erkenntnis der eigenen Lage und bewußter Wille, sich durchzusetzen, sind sichere Voraussetzungen unserer Zukunft. Leben heißt kämpfen, auch für die jüngste Organisation der modernen Arbeiterbewegung für den Zentralverband der Hausangestellten. **Magdalene Korjeh.**

Verlockende Angebote nach dem Ausland.

Mit großen Lettern steht es geschrieben, daß Hausangestellte nach Schweden, Norwegen, Dänemark, nach Holland und der Schweiz gesucht werden. Das Gebot, was man zahlen will, ist besonders die hervorzuheben, so daß sicher recht viele Hausangestellte auf diese Angebote eingehen werden.

Wohl hat es immer Wanderlustige gegeben, und sollte es auch seinen jungen Mädchen verdracht werden, wenn auch sie auszieht, um das Leben kennen zu lernen, sind es doch gerade diese, die dann ein Weibchen in der Heimat mitbringen können. Sie werden nicht im Ausland dazu beitragen, die Löhne herabzudrücken, wie man es hier beabsichtigt — denn, wie bekannt, will man doch Indier und Chinesen bescholen, wenn die deutschen Hausangestellten allzu hohe Forderungen stellen, so gesprochen in der Preussischen Landesversammlung durch den Mund der Zentrumsabgeordneten Frau Schreiber, das bedeutet, daß man billige, billige Arbeitskräfte haben will.

Früher wurde die Auswanderung deutscher Hausangestellten noch besonders unterdrückt, und zwar wollte man den deutschen Soldaten und Beamten in den von Deutschland unterhaltenen Kolonien Deutsch-West-Afrika usw. Frauen „zuführen“. Heute denken diese Kreise ganz anders darüber — heute, wo die Hausangestellten in Deutschland knapp sind, schreibt „Haus und Herd“, es ist das katholische Dienstdienstblatt. Dasselbe rüchtung wie Frau Schreiber:

„Mangel ist allenthalben an Arbeitskräften für den Hausdienst. Laßt euch nicht abhalten, für einen scheinbar geringeren Lohn hier zu arbeiten und geht nicht für einen höheren Lohn ins Ausland. Diese geringer entlohnte Arbeit erbt und bereichert mehr als Arbeit im Ausland. Sie zeigt dem Ausland, daß wir eifrig danach streben, unsern nationalen Wohlstand wieder aufzurichten, damit wir die große Kriegsschuld bezahlen können. Nur so können wir wieder an Ansehen und Achtung gewinnen. Wer in der Not dem Vaterland den Rücken kehrt, ist nicht wert, ein Deutscher genannt zu werden. Unsere ganze Kraft gehört dem Vaterland, dem deutschen Wirtschaftsleben und vor allem dem deutschen Familienleben.“

Dieses Blatt unterläßt also nicht, warum die jungen Mädchen den „Wanderhieb“ nehmen, sondern unterläßt, ja bekräftigt noch eine solche geringe Entlohnung, und doch gibt dieses Blatt vor, die Interessen der katholischen Hausangestellten zu wahren, die genau wie alle übrigen eine so außerordentlich niedrige Entlohnung haben. Sollten diese Hausangestellten wirklich nicht lesen können? Alle Artikel in „Haus und Herd“ sind doch stets so geschrieben, daß man den Hausfrauen nicht weh tun will und die Hausangestellten mit der Liebe und Güte Gottes tröstet.

Wir behaupten ja auch, daß ein Auswandern der Hausangestellten heute weniger denn jemals nötig wäre, wenn die Hausangestellten gleichviel ob männlich oder weiblich, ihren Standpunkt betreffs Lohnfrage aufrechterhielten, d. h. die Forderungen, die unser Verband gestellt hat, zur Durchführung brächten.

Hausangestellte, die ins Ausland gehen, müssen tüchtig sein. Tüchtige Hausangestellte brauchen wir aber auch hier, und tüchtige, brauchbare Hausangestellte haben nicht nur das Recht, nein die Pflicht, hier im deutschen Vaterlande Fortkämpferinnen zu sein für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ohne Kampf werden sie auch im Ausland keine Macht haben, hier aber haben sie die Gewähr, wenn sie Schulter an Schulter mit ihren Kollegen und Kolleginnen kämpfen, daß ihnen doch der Sieg werden muß, auch wenn die Hausfrauen bis heute noch gegen jede Verbesserung sind. Nur auf euch kommt es an, ihr kämpft eine Macht sein, wenn ihr sie zu nützen versteht, d. h. als Mitglieder des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands.

Wer treibt Politik?

Eine Zentrums-Wahlerversammlung für Dienstdienst in Dorfrohde.

Auf den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, rief das Zentrum die Dienstdienstlichen und Hausangestellten zu einer Wahlerversammlung in das katholische Seelenshaus ein, um die Stimmen der Hausfrauen zu ergattern. Die Herrschaften hatten großes Entgegenkommen gezeigt und ließen die Dienstboten an diesem Abend frei gehen. Etwa 160—200 waren diesem Ruf gefolgt. Bismarckstift mit frommem Augenaußschlag sahen die Mädchen, die Mehrzahl vom Lande, und lauschten den Worten der Rednerin, die nur schöne, verheißungsvolle Worte im Munde führte. Ihre Hauptaufgabe war, wie nicht anders zu erwarten, der Sozialdemokratischen Partei ein Schnippen zu schlagen. Sie besprach die Gemüthsruhe, der sie nicht gut genim ist, und bemerkte, daß man jetzt sogar die Religion auf diese Weise einführen wollte, und erklärte, daß sie sich damit nicht einverstanden erklären könne, denn da wäre es mit dem Seelenshaus gleichbedeutend, ohne Bestimmung könnte es kein gesittetes Volks- und Staatsvolk geben. — Danach hätten die Sozialdemokraten keine Seele. Die Rednerin meinte, man sollte nicht fragen, wenn jetzt die

bösen Steuerzettel können, die könnten alle nicht leben, wir auch nicht, sagte sie (großes Gelächter), aber unser orner reichhaltiger Staal braucht Geld, um die vielen Schulden bezahlen zu können, um Kohlen und Lebensmittel zu kaufen. Auf einen diesbezüglichen Zwischenruf hin bemerkte die Rednerin, daß auch Gegnerinnen da sind. (Ein unzufriedenes Murmeln und Umschauen nach dieser Attentäterin machte sich bemerkbar.) Als zweiter Redner trat der Stadtverordnete Herr Kühn auf, der sachlich und gut seine Ansichten äußerte und den Feind von „rechts“ und „links“ brandmarkte. Von den Sozialdemokraten höre man draußen, daß sie mit dem Zentrum gemeinschaftliche Sachen hätten, was nicht wahr wäre, und es brauche niemand das zu glauben.

In der Diskussion sprach zunächst unsere Genossin Frau Gud. (Es waren 4 Mitglieder unseres Verbandes anwesend.) Sie führte an, daß ihr der gute Besuch beweise, daß man den Mädchen sehr gut von 8 Uhr ab frei geben könne, wenn man wolle, aber nicht nur zu einer Zentrumswahlversammlung, sondern man möchte den Mädchen auch frei geben zum Besuch eines Konzerts, Theaters oder einer gewerkschaftlichen Versammlung, auch dazu, sich an der lieben und schönen Natur erfrischen zu können. Frau Gud erklärte dann, daß nicht die Zentrumsparlei den Frauen das Wahlrecht gebracht hätte, sondern die Sozialdemokraten. Die Zentrumsparlei ist nur für das Seelenheil ihrer Wählerinnen besorgt, aber von dem allein könnten die Mädchen nicht leben, man müsse auch die wirtschaftliche Lage ins Auge fassen und dafür sorgen, daß die Mädchen höhere Löhne bekommen, um sich unabhängig halten zu können. Betreffs der Religion in der Schule will sie nicht haben, daß ihr Kind nur mit Religion vollgepfropft werde, und diese deshalb nicht in die Schule gehört. (Schon zu Anfang wurde Frau Gud unterbrochen, ausgelacht und bei lechterer Ausführung zeigte ein Stumm ein mit dem Aufse: „Schmeißt sie raus!“ Auf die Bemerkung einer anwesenden Genossin, daß in der Diskussion auch der Gegner seine Ausführungen machen könne, hat die Vorsitzende geäußert: „Frau Gud hat das Wort!“ Daraufhin konnte sie wieder weiterreden.) Frau Gud forderte Frau Gud die Anwesenden auf, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, in den Zentralverband einzutreten und am 6. Juni ihre Stimme zur Sozialdemokratischen Partei zu geben. Ein Dienstmädchen ruft: „Schmeißt sie raus!“ und drohte, jedoch ließ sie nach, als sie beobachtete, daß Frau Gud nicht allein war. (Das ist wirkliches Nächstenliebe.) Als Quartallisten wurden unsere Mitglieder beschimpft. Eine Hausfrau, der die Äußerung der Frau Gud auf die Nerven fiel, gab ihren Innern darüber Ausdruck, daß sie sagte, sie sei auch Mutter, aber sie wolle nicht, was heute aus ihren Kindern würde, wenn sie keine Religion hätten. Auch ihr Dienstmädchen, hoffe sie, habe ein Stück von ihrer Seele mitgenommen. Wenn sie aber viele Dienstmädchen brauchen kann und jede nimmt ein Stück von ihrer Seele mit, dann hat sie an einem solchen Tage überhaupt keine Seele mehr und dann bleibt dieser guten Dame nichts übrig, wie zu den Sozialdemokraten zu gehen, die nach ihrer Ansicht keine Seele haben.) Der Herr Stadtparrer Stumpf als Präses der katholischen Dienstmädchenorganisation äußerte sich über die Ausführungen und wünschte, wir sollten zu ihm kommen und über die wirtschaftliche Lage sprechen. Nach Schluß der Versammlung verteilten unsere Mitglieder unsere Flugblätter mit Aufnahmescheinen, welche auf der Rückseite mit der Aufforderung, in den Zentralverband einzutreten und am 6. Juni ihre Stimme zur Sozialdemokratischen Partei zu geben, bedruckt waren. Was wir aber da erleben mußten, war eine aller Beschreibung. Einige fanatische Mädchen gerissen die Flugblätter und haben sie auf uns geworfen (zum guten Glück hat es keine Lächer in den Kopf gegeben), andere sagten: hier mit dem Wisch, das gibt was zum Feueranzünden; aber auch manche vernünftige Mädchen waren dabei, die von uns die Aufnahmescheine verlangten und fragten, wann bei uns die nächste Versammlung sei. So endete die Zentrumswahlversammlung. Wir können Ihnen am 18. Juni Gelegenheit geben, wo wir Stellung zu der Arbeitszeit zu nehmen haben.

Ein gebildeter Haushaltungsvorsteher.

Ein Brief, der gewisse Gesellschaftskreise ohne Kommentar zeichnet.

Die Hausangestellte M. V. war bei Herrn Dr. Dahn in Dresden in Stellung. Sie wurde entlassen und starb. Die Angehörigen stellten an die Krankenkasse Ersatzansprüche. Um den Fall zu klären, wurde eine Anfrage an Herrn G. gerichtet. Darauf erteilte er folgende Antwort:

Dr. med. Dahn,
Dresdner, Körnerstr. 16.

10. III. 20.

Zu habe am 6. 1. 20 die Marie Verneis nicht wieder fortgeschickt, um sie gesund zu machen und dann ein Mädchen zu haben. Es gibt freilich Tausende von Arbeitsunfähigen, Frauen und Aunntreibern zurzeit, und es herrscht — abgesehen vom Samenkollekt und Zigarettenrauchen — beinahe eine Arbeitswut — d. h. im Geldnehmen der ! ; Arbeitslofenunterstützung für das Herumlungern auf Bänken, Konsularen, Lüren usw. — aber seit dem Tode der Marie Verneis, dieser Perle der Revolutionszeit — bin ich wieder mal ohne Mädchen. Auf dem Sonnenplatz stehen sie zu Hunderten auf den Straßen — und in den Schneppencafés bieten sie sich den Männern an. Das tibelt so schön und ist so bequem, bis die Syphilis kommt oder das Kind, wie auch bei Marienchen Verneis!

So ist man zufrieden, wenn man schließlich überhaupt solch ein Stück Vieh ohne Ueberlegung und Pflichtgefühl bekommt.

gez. Dr. Dahn.

Mitteilungen des Zentralvorstandes

Kostgeld pro Tag 7,50 Mk.

ist jetzt vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin festgesetzt.

Alle Mitglieder, die selbst in Ferien gehen oder während der Ferienzeit das Haus „hüten“ müssen, sollten darauf bedacht sein, daß dies als Mindestsatz zu fordern ist.

Achtung, Beitragserhöhung.

Rundschreiben Nr. 17 fordert eine Beitragserhöhung pro Mitglied und Marke von 50 Pf.

In außerordentlichen Mitgliederberathungen sollten die Bestimmungen darüber erfolgen. Schon heute dürfen wir berichten, daß außer mehreren anderen Ortsgruppen unsere beiden größten, Berlin und Hamburg, dem Antrag einstimmig zugestimmt haben. Hoffentlich gehen noch mehr Zusagen ein, denn es gilt, die Räte aller zu besichtigen. Wir geben das Gesamtergebnis durch Rundschreiben bekannt, wollen aber heut unsern Mitgliedern schon sagen, daß nach dem jetzigen Ergebnis dieser Beschluß als gesichert gelten kann. Wir wollen wünschen und hoffen, daß mehr denn je für pünktliche Zahlung der Beiträge Sorge getragen wird.

Ortsgruppenleiterinnen!

Der Vorstand ersucht um Einreichung der Abrechnung vom 4. Quartal.

Wer bis zum 8. Juli die Abrechnung nicht eingereicht hat, wird in der nächsten Nummer unseres Organs veröffentlicht.

Aus unseren Ortsgruppen

Kolleginnen! Hühet dem Verbands neue Mitglieder zu!

Altenburg. Eine am 11. Juni einberufene große Versammlung für alle Hausangestellten, Aufwärterinnen, Wasch- und Säuererinnen besetzte sich mit folgender Frage: „Wie können die Hausangestellten ihre Lage verbessern. Referentin hierzu war Frau Sachse, Landtagskandidatin in Altenburg. Eingeleitet wurden sie gleich nach die Protesterhebung gegen die lange Arbeitszeit der Hausangestellten, die wir, da die Bezirksvereinigungen für die Versammlung am 11. Juni schon getroffen waren, für Sonntag, den 13. Juni, nicht noch einzulassen konnten. Weiter stand aber auch noch die neue Tarifvorlage, die von einer dazu eingesetzten Kommission ausgearbeitet war, zur Beratung. Der kurz gehaltene Vortrag von Frau Sachse fand reichen Beifall bei der sehr gut besetzten Versammlung. In Punkt 2 gab die Leiterin die nötigen Erklärungen zu der Protesterhebung. Die darauf verlesene Resolution fand einstimmige Annahme. Es wurde gewünscht, daß rasch bald auf gesetzlichem Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden möchte. Die Durcharbeitung der neuen Tarifvorlage fand nicht die Zustimmung aller Anwesenden, namentlich mehrere anwesende Mütter, deren Töchter in Stellung sind, fanden die darin angebotene Löhne als zu niedrig, ein Auskommen sei hiermit nicht möglich. Es wurde hierzu von Seiten der Leiterin sowie auch der Kolleginnen, die den Tarifverhandlungen im Dezember mit beigewohnt hatten, bemerkt, daß man bei Aufstellung dieser Vorlage davon ausgegangen sei, nur das aufzustellen, was man hoffen kann, bei den Arbeitgeberinnen, den hiesigen Hausfrauen, auch durchzuführen. Nicht daß wir den Hausangestellten und anderem Dienstpersonal erst große Hoffnungen machen, die dann doch nicht in Erfüllung gehen. Denn die ersten Tarifverhandlungen hätten ja gezeigt, daß wir mit einem gähen Widerstand der hiesigen Hausfrauen zu rechnen haben. Die Tarifvorlage fand nach einer recht lebhaften Aussprache Annahme und soll dieselbe nun unverzüglich dem Hausfrauenverein überreicht werden. Auf die am 1. Juli eintretende Beitragserhöhung sowie auf den am 1. Juni eingeführten Sozialkassenbeitrag wurde nochmals hingewiesen. Letzterer beträgt monatlich 60 Pf. und entfallen davon wöchentlich 10 Pf. für Erhaltung unseres Gewerkschaftsheim, die restlichen 50 Pf. pro Quartal sollen in der Zahlstelle für Einfassung der Beiträge usw. verwendet werden. Am 27. Juni soll auf Wunsch dieser Kolleginnen ein Ausflug in die Reine gemacht werden! Am Schluß der Versammlung wurden noch eine Anzahl Aufnahmen gemacht. Die Mitgliederzahl hier am Orte wächst langsam, aber sicher. Schluß der Versammlung 11 Uhr. M. G.

Berlin. Am 2. Juni fand im Herrenhaus eine öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Hausangestellten statt. Im dicht besetzten Saal sprach Frau Luise Köhler, Zentralvorstande des Hausangestelltenverbandes und Mitglied der Preussischen Landesversammlung. Frau Luise Köhler besprach Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Hausangestelltenberufes, und vor allem hob die Referentin die Aufhebung der 44 Gesindeordnungen hervor, deren manche schon aus dem Jahre 1810 stammen und 1848 verbessert wurden. Das Dienstmädchen war noch aus dem Jahre 1792. Die Referentin bedauerte, daß für die Hausangestellten bisher noch kein Gesetz geschaffen sei und daß damit die Hausangestellten dem bürgerlichen Gesetzbuche unterliegen. In Zukunft wird es Aufgabe des Zentralverbandes sein, Gesetze für die Hausangestellten zu schaffen. Auch will der Verband sich dafür einsetzen, daß die Hausangestellten der Unfallversicherung unterstellt werden. Frau Köhler führte den Schlichtungsausschuß an, der für die Hausangestellten doch schon einen Vorteil bringt, indem die Hausangestellten bei Streitigkeiten nicht immer die unbilligen Gerichte in Anspruch zu nehmen brauchen. Aus der Versammlung konnten wir 50 Neuaufnahmen verzeichnen. A. Schöngel.

Berlin. Am 10. Juni fand in der Winterfeldtstraße unsere Mitgliederversammlung statt. Es wurde Stellung genommen zur Erhöhung der Beiträge und der Vorschlag des Hauptvorstandes einstimmig angenommen. Aus Mitgliederkreisen lief sogar noch der Antrag ein, den Ortszuschlag von 50 Pf. auf 1 Mk. zu erhöhen, der gleichfalls einstimmig angenommen wurde. Die Kollegin Luise Zieh, die sich seit der Revolution nicht mehr in unserem Verbande betätigt hat und den neuen Mitgliedern als Kollegin ganz fremd war, hielt es für unklug, nur alle drei Jahre einen Verbandstag abzuhalten, derselbe müßte mindestens in jedem Jahre einberufen werden, damit den Mitgliedern Gelegenheit gegeben ist, sich zu äußern, ob sie mit der Taktik des Hauptvorstandes einverstanden sind oder ob eine andere eingeschlagen werden müßte. Kollegin Klug wies als Kassiererin des Hauptvorstandes auf die ungeheuren Ausgaben hin, die in jetziger Zeit ein Verbandstag verursachen würde, und daß eine so arme Gewerkschaft, wie unsere ist, sich das nicht leisten kann. Der Verbandstag im September 1919 hätte eine Ausgabe von 20 000 Mk. mit sich gebracht und würde bei der heutigen Teuerung 100 000 Mk. weit übersteigen. Bei den noch immer kleinen Beiträgen und den ungeheuren Ausgaben der Agitation wäre es ganz unmöglich, alle Jahre einen Verbandstag abzuhalten, so wertvoll er für den Hauptvorstand ebenfalls wäre. Im übrigen wäre es in keiner Organisation üblich, in jedem Jahre aus allen Teilen des Reiches die Delegierten zum Verbandstag zusammenzurufen. Kollegin Zieh gab den Rat, der Verband müßte sich dann an die allgemeine Arbeiterkraft wegen Unterstützung wenden, worauf erwidert wurde, daß unsere Gewerkschaft schon vom Gewerkschaftsbund und den Ortsausschüssen im Reich finanziell unterstützt würde.

Die Mitgliederversammlung beschäftigte sich dann mit der zum 13. Juni einberufenen Protestversammlung im Lustgarten. Kollegin Zieh beklagte sich, daß ihr das Reden dort verweigert werde. Hierzu stellt die Bevollmächtigte fest, daß Kollegin Luise Zieh, nachdem alle Vorarbeiten erledigt und die Referentinnen bereits bestimmt waren, auf Veranlassung der Kollegin Deutsch ins Büro kam und den Anspruch stellte, im Lustgarten zu reden. Der Vorstand kam der Kollegin Luise Zieh insofern entgegen, als das Programm dann dahin umgeändert werden sollte, daß nicht nur die angestellten Mitglieder des Hauptvorstandes, Kollegin Luise Stähler, Arden und Raab als Gewerkschaftlerinnen, sondern nachdem noch drei Parlamentarierinnen von der H.S.P. und drei von der S.P.D. sprechen sollten. Das lehnte die Kollegin Zieh mit der Begründung ab, sie rede nicht in zweiter Garnitur und sei keine Brockenjammerin. Wenn sie rede, dann spreche sie in der Reihe oder überhaupt nicht.

Die Mitglieder beschloßen, Kollegin Luise Zieh als Gewerkschaftlerin sprechen zu lassen. Bisher war es üblich, daß nicht von der Mitgliederversammlung, sondern immer von der Leitung, Referenten gesucht und auch bestimmt werden. Da durch alle diese Vorommisse die Bevollmächtigte, Kollegin Mube, ein fruchtbringendes Arbeiten für aus-geschlossen hält, sieht sie sich genötigt, ihren Posten zum 1. Juli zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Protestversammlung hinter uns liegt, macht sich leider schon bemerkbar, wie lähmend es für unsere Arbeit war. Luise Zieh sprechen zu lassen, denn sie hat sich nicht an ihr Versprechen gehalten, vom gewerkschaftlichen Standpunkt die Ereignisse der letzten Zeit zu schildern, sondern hat eine ausgesprochene Wahlrede für die H.S.P.D. zur Stadtverordnetenwahl gehalten. Unsere Mitglieder sollten daraus lernen, wem sie zu trauen haben, denen, die sich voll und ganz in den Dienst des Verbandes stellen, und auch einzig und allein die Arbeit geleistet haben, oder denen, die nur als Schreiber in die Versammlung kommen.

Chemnitz. Am 3. Juni fand in der Höheren Mädchenschule eine öffentliche Versammlung statt, welche besser besucht sein konnte. Kollegin Wagner referierte über das Thema: „Was müssen die Hausangestellten von den Wahlen wissen.“ Am Schlusse des Vortrags wurde der Referentin reichlicher Beifall gezollt. Nachdem die Vorsitzende noch einige Ausführungen über die Kundigungsfrage gegeben hatte, wurde die Versammlung mit einigen Neuauflagen geschlossen.

Coburg. Unsere seit 4 Monaten bestehende Ortsgruppe nimmt einen erfreulichen Fortgang. Die Mitgliederzahl vermehrt sich von Woche zu Woche. Die jungen Mädchen sangen an, den Wert des Zusammenchlusses zu schätzen und sehen ein, daß der Zentralverband allein es ist, der ihre Interessen vertritt. Aus dem Grunde kommen jetzt sehr viele mit allen Angelegenheiten: Lohnfragen, Arbeitszeit, Kundigungsstreitfragen, zu uns, um sich beraten zu lassen. Die Coburger Hausfrauen sind, wie so viele, natürlich Gegnerinnen unseres Verbandes und wollen ihre Angestellten vom Besuch derselben abhalten, was ihnen aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Wenn alle Coburger Hausangestellten sich unserem Verband anschließen würden, könnten wir mit Leichtigkeit bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse in kurzer Zeit durchbringen. Darum, Kolleginnen, kommt recht fleißig in unsere Versammlungen, die jeden zweiten und dritten Mittwoch im Monat in der Hofbrauhausbierhalle, Mohrenstraße, stattfinden. Auskunft jeder Art bei der Vorsitzenden: Jüdenstraße 51 III.

Eisenach. Mitgliederversammlung am 2. Juni, abends 9 Uhr, in der Stenba. Der Leiter des Verbandes der Hausangestellten, Herr Diebel, erteilte zuerst Bräulein Rudolph das Wort, die in kurzen Zügen die Ziele der Organisation den Anwesenden vor Augen führte, und bat gleichzeitig die Anwesenden noch nicht organisierten Hausangestellten um Anschließung an den Verband. Mehrere Aufnahmen erfolgten. Herr Diebel erwähnte schließlich den bisserigen Gang der Verhandlungsgepflogenheiten der Ortsgruppe mit dem Nationalen Frauendienst, dem sämtliche Eisenacher Hausfrauenvereine angeschlossen sind, und konnte hierzu nur berichten, daß seitens der Kommission der Hausfrauenvereine

eine ziemlich Verschleppungspolitik, anscheinend absichtlich, betrieben werde, und es sei wirklich an der Zeit, hier mal ein ernstes Wort zu reden, und letzten Endes müsse man eben zum letzten Kampfmittel greifen, wenn die Hausfrauen sich nicht endlich bequemen und verhandeln. Die Ausführungen fanden zum Teil Beifall und wurde dem gemachten Vorschlag einstimmig zugestimmt.

Zum Schluß der Besammlung wies Herr Diebel noch auf die am 6. Juni stattfindende Reichstagswahl hin.

Frankfurt a. M. In der von unserer Ortsgruppe am 13. Juni einberufenen Versammlung sprach Kollegin Wittorf über das Recht der Hausangestellten. Die Versammlung, die der dafür gemachten Propaganda nach besser besucht gewesen sein könnte, tagte im „Römer“ und die Anwesenden folgten den Ausführungen der Referentin aufmerksam. Sie schilderte das Los der Hausangestellten vor dem Kriege und der Revolution und betonte, daß es noch viel schlimmer würde, wenn die Reaktion wieder aus Aender käme. Deshalb gelte es, sich zu organisieren. Ziel sei nachzuholen, vor allem aber müßten bessere Verdienstmöglichkeiten für die Berufstätigen geschaffen und die Arbeitszeit verkürzt werden, ganz besonders für Jugendliche, da das lange Arbeiten die Gesundheit untergrabe. Gleich den Bedingungen der freien Arbeiterkraft müßten auch die der Hausangestellten werden, aber auch die Arbeiterkraft hätte nur durch Organisation und nach schweren Kämpfen ihr Recht erhalten. In der Diskussion forderte Kollegin Sobell die Leitung der Ortsgruppe auf, eine Lohnbewegung einzuleiten, da durch den Steuerabzug die Lohnhöhe zum April wieder illusorisch geworden sei. Auch bekamen viele Kolleginnen jetzt das Krankengeld abgezogen, was früher nicht der Fall war. Kollegin Friedrich berichtete von einem Zeitungsartikel, in dem eine Hausfrau die Dienstmädchen mit ihrem Mann vergleicht. Sie fordert Lohnhöhe und den Achtstundentag. In ihrem Schlusswort sagte die Kollegin Wittorf, daß es wohl noch viel Zeit brauchte, bis wir den Achtstundentag bekämen und forderte die Anwesenden auf, sich zu organisieren. Zum Schluß wurde die für alle Ortsgruppen vom Hauptvorstand bestimmte Resolution einstimmig angenommen. Viele Neuauflagen konnten gemacht werden.

Hed. Schriftführerin.

Hamburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung am 10. Juni, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus. Die Zentralvorsitzende sollte in ihrem anderthalbstündigen, dankbar begrüßten Vortrag ein Stück Gewerkschaftsgeschichte und -entwicklung auf. In lebendigen Worten schilderte sie, wie der Verband der Hausangestellten als jungstes und schwierigstes Kind der deutschen Gewerkschaftsbewegung von der ehemaligen Generalkommission gepflegt und gestützt wurde. Der Krieg mit seinen unsegligen Folgen zwang die junge Organisation, sich auf eigene Füße zu stellen. Die ins Ungeheure gestiegenen Ausgaben für Material und Agitation bedeckten sich in keiner Weise mit den Einnahmen. Das auszugehende Krankengeld verschlingt große Summen. Dazu kommen in letzter Zeit die Unterhaltungen für Streik und Aussperrung, die zwar nach den Verbandesstatuten erst ab 1921 ausbezahlt werden sollen, praktisch aber schon jetzt gezahlt werden mußten. In idareter Ungewißheit liegt die Zukunft vor uns, wir müssen gewappnet sein und unter allen Umständen die Kassen füllen. — Nach einer sehr regen Diskussion gibt Kollegin Baug bekannt, daß die Kolleginnen von Wism. u. Bok und die der Vulkanwerke freiwillig einen Extrabeitrag von 3 Mk. monatlich zahlen. Ebenso ist von den übrigen Vollbeschäftigten beschloßen, monatlich 2 Mk. extra zu entrichten. Notwendig ist, daß alle anderen Mitglieder 1 Mk. Extrabeitrag geben und daß der Monatsbeitrag auf 3 Mk. erhöht wird. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten Schluß der gutbesuchten Versammlung. K. Zieh.

Hannover. Am 2. Juni fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Wählerversammlung für die Hausangestellten statt. Frau Bremer schilderte in ihrem Referat, wie es die Herrschaften verstehen, die jungen Mädchen an die Wahlurne zu schleppen, aber für ihre Rechte nicht eintreten wollen; darum sei es Pflicht aller Hausangestellten, der Partei ihre Stimme zu geben, die auch für ihre Rechte eintritt. Die Referentin erzielte reichen Beifall. Zu der Diskussion stellte es sich heraus, daß doch unsere Hausangestellten auch nicht alle einer Meinung sind und sich immer und immer wieder von den Herrschaften einsperren lassen.

Am 13. Juni fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Protestversammlung statt. Auch hier referierte Frau Bremer. Es hatte sich eine ganze Anzahl Hausangestellten eingefunden, trotz des schönen Wetters. Jeder Anwesende lautete gespannt der Referentin, die dann reichen Beifall erzielte. Die vorgelesene Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach Schluß der Versammlung konnten wir eine Anzahl neue Mitglieder gewinnen. — Am 13. Mai fand eine Tagestour nach dem Naturfreundehaus in Dissenborn statt. Eine Anzahl Kolleginnen nahmen daran teil. Am Abend ging es mit Gesang und Klavierspiel der Heimat wieder zu.

Luise Sande.

Königsberg. Am 14. März fand unser erstes Stiftungsfest statt, verbunden mit einem Ball im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Ein Prolog, von einer Kollegin verfaßt, und zum Schluß ein kleines Theaterstückchen verschönte das Fest. Alle, die daran teilnahmen, gingen nach ein paar frohen Stunden befriedigt nach Hause. Das Fest ergaute sich reger Teilnahme. Am 11. April fand eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: Arbeit, Entlohnung und Teuerung. Referent war der Gewerkschaftsangehörige Zieh. Er führte aus, wie alle Bedarfsartikel um 100 Proz. gestiegen sind und die Löhne kaum um 20 Proz. die Arbeitszeit dagegen noch eine sehr lange und von den 8 Stunden noch nichts zu merken sei. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn auch endlich die Hausangestellten einsehen werden, daß nicht die christlichen Verbände, sondern eine starke Organis-

Julien des Zentralverbandes sie zu ihrem Recht verhelfen kann. Eine Anzahl der Anwesenden trat dem Verband bei.

Im Mai fand ebenfalls eine Versammlung statt, in dieser referierte der Gewerkschaftsangehörte Rander vom Metallarbeiterverband. Er sprach über den Tarifvertrag, der im Februar mit dem Hausfrauenbund abgeschlossen ist. Dieser Tarif ist eine Mißgeburt und bringt so recht zum Ausdruck, daß die Hausfrauen noch nichts von der Revolution gelernt haben, ja noch nicht anerkennen wollen, daß auch die Hausangestellten das Recht haben, als Menschen zu leben. Es wird erst besser, wenn alle Hausangestellten erkannt haben, daß nur eine starke Organisation ihnen helfen kann. Auch in dieser Versammlung wurden einige Mitglieder aufgenommen. Auch in Königsberg werden wir nicht eher ruhen, bis wir eine gute und starke Organisation geschaffen haben.

Marie Polar.

Konstanz. Wir Konstanzer Hausangestellten wollen auch wieder mal etwas von uns hören lassen. Am 21. Mai besuchte uns auf ihrer Rorttagstour Frau Luise Köhler und sprach sehr schön über das Thema: „Dienstboten und Gefindeordnung, Hausangestellte und Anstellungsvertrag, freie Arbeiterin und Lohnvertrag.“ Ihre Ausführungen waren klar und deutlich und wir waren Frau Köhler dankbar für ihre schönen Worte. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie es wünschenswert gewesen wäre, vielleicht paßte manden der Tag nicht ganz vor Pfingsten. Aber wir möchten doch die Kolleginnen bitten, in Zukunft, wenn ihre Interessen vertreten werden, die andere Arbeit zu verschieben. In Konstanz ist die Sache wirklich nicht so ruhig, auf für die Hausangestellten, haben wir doch seit bald einem Jahre noch keinen Tarifvertrag ganz durchgeführt. Wir stehen hier zwei Frauengruppen gegenüber, eine will einen Vertrag und die andere lehnt alles ab. Auch das Arbeitsministerium läßt in dieser Sache lange warten. Möchten doch alle Hausangestellten dem Verbands beitreten auf ihrem eigenen Nutzen, denn im Vorstand arbeitet man doch nicht für sich, sondern im Interesse aller Kolleginnen. An der Aussprache beteiligten sich zwei Stadträe.

L. Meißner.

Landeshut. Um unserer hiesigen Ortsgruppe wieder mal mehr Mitglieder zuzuführen, beschlossen wir eine große öffentliche Versammlung einzuberufen. Diefelbe fand am 9. Mai in den „Drei Kronen“ statt. Trotz einiger Agitation war der Saal nur schwach besetzt. Unsere Referentin, Kollegin Maß (Berlin) hielt einen Vortrag über das Thema: „Dienstmädchen von einst, Hausangestellte von heute.“ In kurzen Worten schilderte sie den ganzen Werdegang unserer Organisation und wie es uns möglich wäre, auch unseren Beruf zu einem freieren und auskömmlicheren zu machen. Von den Hausangestellten wurde der Vortrag mit Wohlwollen aufgenommen, während einige anwesende Hausfrauen dies und jenes auszusprechen hatten. Sie meinten sogar, hier in Landeshut wäre überhaupt alles glänzend. Leider können wir dem nicht zustimmen. Die Löhne sind miserabel, und was Wohnung und Sonstiges anbelangt, das läßt auch noch viel zu wünschen übrig. Am liebsten wollten die Damen gleich einen Tarifvertrag, den sie aufgestellt hatten, mit uns abschließen, dazu konnten wir uns jedoch nicht bereit erklären. Es folgte noch eine längere Diskussion. Einige Renaufnahmen wurden gemacht. Wenn auch jetzt noch unsere Schar klein ist, eines wissen wir, auch hier in Landeshut wird es uns gelingen, mit unseren Forderungen durchzubringen und uns zu freien Menschen zu machen.

Grete Reinhard.

Leipzig. Nachdem wir über einen Monat von einer geregelter gewerkschaftlichen Tätigkeit infolge des Verlustes absehen mußten, konnten wir an dem Schwachen Besuch der Mitgliederversammlung und des Ausfluges nach Böhlitz-Oberrain erkennen, welche Wirkung der reaktionäre Anschlag ausgeübt hat. Glauben doch viele, daß die Hausangestellten nun heimat- und kampfslos seien. Doch erfreulicherweise nimmt unsere Ortsgruppe wieder ihren Aufstieg, und es wird vorwärtsgehen trotz Kampf und Not. Unser Stützungsfest, das wir am 13. Juni abhielten, erfreute sich eines sehr guten Besuches, unsere treuen Mitglieder haben geworden von Mund zu Mund, und wir konnten manch Mitglied begrüßen, welches seit langer Zeit den Weg wiedergefunden. Kollegin Schindler wies in der Rede auf die Notlage hin und schloß mit dem Gelächter: Treue um Treue, auf das alle Anwesenden mit einem dressigen Hoch auf den Zentralverband antworteten. Ein Prolog der Vergangenheit und einer der Zukunft gewidmet, gaben der gut gelungenen Veranstaltung das richtige Gepräge.

M. Schindler.

München. Am 3. Juni fand unsere Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Kollegin Pfülf, Mitglied der Nationalversammlung, war als Referentin gewonnen und verstand es, die Bedeutung des Wahlrechts in vortrefflicher Weise darzulegen. Es sei ihr an dieser Stelle noch besonders gedankt. Unsere Vorsitzende, Kollegin Seyer, konnte Franchetshalter nicht erscheinen.

Kolleginnen, erscheint bei den Versammlungen zahlreich. Auf zur Organisation, werdet Mitglieder, jeder arbeitet dann im ureigensten Interesse. Hier betrübt sich doch das alte Sprichwort: „Einigkeit macht har!“ Wir wollen aber auch unseren Pflichten treu bleiben.

Maria Taschner.

Obernburg. Im Monat Mai wurden hier zwei Versammlungen abgehalten. In der ersten wurde der Vorstand durch hinzugewählte Kolleginnen ergänzt. Auch wurde beschlossen, Hausagitation zu betreiben. Dazu wurde ein Agitationskomitee, bestehend aus sechs Kolleginnen, bestimmt. In der zweiten Versammlung hielt der Führer des Landarbeiterrats, Gräber, ein Referat über die Organisation und die Wahlen. Er forderte die Kolleginnen u. a. auf, ihre Stimme nur der Partei zu geben, die den Frauen das Wahlrecht gegeben hat. Nachdem noch vom Vorstand zum regen Besuch der Versammlungen und zu reger Beteiligung an den Arbeiten der Organisation aufgefordert wurde, wurde die Versammlung um 10½ Uhr geschlossen.

Lewandowski.

Niefa. Nachdem am 27. April 1920 der Grundstein des Hausangestelltenverbandes gelegt war, fand am 30. Mai nachmittags 5 Uhr im Volkshaus Niefa die erste Mitgliederversammlung statt. Über unseren jungen Kolleginnen hatten sich auch einige Mütter sowie Interessenten eingefunden und es fand die erste Versammlung als „gut besucht“ bezeichnet werden. Sehr sachlich wurde hervorgehoben, wie die Herrschaften die Unkenntnis der Unbemittelten ausbeuten, gibt es hier doch noch eine Unmenge von Hungerlöhnen. Gewonnen wurden während der Versammlung 3 Kolleginnen. Zweck Einführung eines Tarifs wurde eine Lohnkommission gewählt. Die Ausführungen seitens der Leitung fanden reichen Beifall und in jedem Auge der Anwesenden strahlte rege Begeisterung. Nicht oft genug kann der Ruf ertönen: Tretet geschlossen ein in die Reihen der Organisation! Die Bescheidenheit, in der das Protokollentwurf groß geworden, läßt die meisten von ihren berechtigten Forderungen Abstand nehmen, um, als später zur Frau gereift, bereuend auf die Zeit zurückblickend, ihre harter Kraft und Gesundheit dem Bemittelten aus Unkenntnis geopfert zu haben. Für uns, Ihre jungen Kolleginnen, gilt nur eine Parole: Einmütig in den Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands! M. D. u. s. h. u. n.

Speyer a. Rhein. Am 7. Juni hat sich hier eine Ortsgruppe der Hausangestellten gebildet. Kollegin Schultze ist vom Zentralverband der Arbeiter, der sich sehr für diese Gruppe von weiblichen Proletariern interessiert, hat sich das Verdienst der Gründung einer Ortsgruppe erworben. In der stattgefundenen Gründungsversammlung referierte Schultze über Zweck und Ziele der Organisation. Seine Worte lösten reichen Beifall aus. Es traten sofort 11 weibliche Angestellte der Ortsgruppe bei. Die Wahl des Gesamtvorstandes soll bei der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Kollegin Schultze wird sich alle erdenkliche Mühe geben, diesem neugeborenen Komitee in der pfälzischen Kreisbauhauptstadt das Leben zu lernen, damit es den Weg der Zukunft selbst finden kann. Von Speyer aus geht der Ruf in die pfälzischen Städte: Gründet Ortsgruppen vom Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Sitz Berlin.

Stettin. Am 8. Juni hielten wir unsere Mitgliederversammlung, die mäßig besucht war, ab. Kollege Scheibe sprach zuerst von unseren neuen Lohnforderungen, mit denen sich die Hausfrauen nicht einverstanden erklärten, und knüpfte die Bemerkung daran, daß es notwendig sei, daß alle Hausangestellten sich so bald wie möglich organisieren, damit wir unsere Forderungen durchdrücken können. Darauf berührte Arbeitsekretär Barthäuser das Thema: Die Hausangestellten und die Reichstagswahlen. Er machte die Kolleginnen darauf aufmerksam, welche Partei für sie am meisten von Nutzen sei und betonte, daß keine Kollegin sich von ihrer Herrschaft trennen lasse, sondern frei, ihrem Gewisse folgend, ihre Stimme abzugeben habe. Mit einem Hinweis auf die Protokollversammlung für gesetzlich geregelte Arbeitszeit und die Ermahnung, recht viele Kolleginnen mitzubringen, schloß die Versammlung.

Unsere am 13. Juni im Schiller-Realschulsaal abgehaltene Protokollversammlung über „Forderung einer gesetzlichen begrenzten Arbeitszeit für Hausangestellte“ war trotz des wunderbaren Wetters sehr gut besucht. Das Referat hatte Arbeitsekretär Deder übernommen. In anschaulicher Weise schilderte Kollege Deder die Leiden der Hausangestellten, stellte das Gleichnis auf, wie frei der Arbeiter seit der Revolution betreffs der Arbeitszeit lebt, dagegen die Hausangestellten noch in ihren Fesseln der „Gebundenheit“ schwanden. Zum Schluß verlas Kollege Deder die Resolution und ermahnte, daß alle Kolleginnen Agitation betreiben müssen und fordern die Anwesenden auf, sich dem Zentralverband anzuschließen. Darauf wurde die Resolution zur Abstimmung gebracht. Die Versammlung brachte uns 10 Renaufnahmen. — Wir konnten die Feststellung machen, daß unser letzter Landarbeitersabend recht rege besucht war und weisen darauf hin, daß derselbe jeden Mittwoch, abends 10 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1 part., stattfindet.

G. Ziegler.

Zwickau. Die am Sonntag, den 13. Juni, hier stattgefundene Protokollversammlung war leider nur schwach besucht. Die Hausangestellten haben den Ernst der Sache noch nicht erfasst. Durch die öffentliche Bekanntmachung dieser Versammlung haben es auch der größte Teil der Zwickauer Hausfrauen fertig gebracht, ihre Hausangestellten zurückzuhalten. Frau Bollender, Leipzig, hatte das Referat übernommen und legte den Erschienenen in ca. 1½stündigem Vortrag die Bedeutung des Tages in leicht verständlicher Weise auseinander. Eine verlesene Resolution fand einstimmige Annahme. An der Aussprache beteiligten sich mehrere der Anwesenden, deren Ausführungen sich mit denen der Referentin deckten. Nach einem kräftigen Appell fand die imposante Kundgebung ihr Ende. Die anwesenden nicht organisierten Kolleginnen traten sofort dem Verbands bei.

Bei einigen Hausfrauen scheint durch diese Protokollversammlung das ganze Nervensystem ins Schwanken geraten zu sein, denn sonst müßten sie wissen, daß die Gefindeordnungen nicht mehr bestehen. Insbesondere sind es die sogenannten gebildeten Hausfrauen, denen es gar nicht in ihren Kram paßt, wenn sich die Hausangestellten organisieren und auf diesem Wege ihr trauriges Los zu verbessern bestrebt sind. Nachstehender Fall zeigt, mit welcher Raffinerie die Herrschaften den Hausangestellten die Verbandszugehörigkeit fühlen lassen.

Eine 20jährige Köchin mit mehrjährigen sehr guten Zeugnissen erhält von einer hiesigen Vermittlung eine Stelle zu Herrn Otto Leonhardt zugewiesen. Die Stellung wurde am 12. Juni angetreten. Tags darauf forschte (wahrscheinlich auf Veranlassung der gnädigen Frau) das dort ebenfalls beschäftigte Stubenmädchen die neu angetretene Köchin aus, ob sie auch dem Verband angehört. Nicht ohne und ohne Grund zum Reugnen wurde dieses bejaht. Der Vermittlerin wurde nun daraufhin telephonisch mitgeteilt, daß die eben erst be-

mittelste Köchin zwar tüchtig in ihrem Fach, auch sehr sauber und anständig sei, aber sie sei doch nicht zu gebrauchen, weil sie organisiert sei. Wohlweislich wurde der neuen Köchin an dem Sonntag (nachmittags war Besuch da) noch nichts gesagt. Am Montag aber konnte sie gehen.

Gibt den neugierigen Hausfrauen, wenn sie Euch nach der Zugehörigkeit zur Organisation fragen, die treffende Antwort: „Sinein in den Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands! Denn nur dort sind Schutz und Hilfe sowie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwarten.“ Für Widdau lautet die Parole: „Kampf den Hausfrauen!“

Sterbetafel

Dresden. Am 22. Mai ist unser langjähriges treues Mitglied Fräulein Ida Rentwig nach längerer Krankheit verchieden. Ihre Ortgruppe Dresden.

Veranstaltungskalender

Freundinnen und Bekannte sind herzlich zu allen Veranstaltungen eingeladen.

Altenburg. Jeden 1. Mittwoch im Monat im Gewerkschaftsheim, Hillgasse 4: **Zahlabend.** Handarbeiten können mitgebracht werden. Die übrigen Veranstaltungen werden durch Handzettel bekanntgegeben.

Dresden. 1. Sonntag, 25. Juli, Tagesstour. Fahrt mit der Straßenbahn nach Schwanaustr., 7 Uhr ab Postplatz. Talsperren, Falken, Mühlentempel, Meerwalder Mühle, Grillsenburg.

11. Sonntag, 25. Juli, ab Hauptbahnhof 3 Uhr 5 Min. nach Tharandt. Tiefer Grund, Watzdorfsee Quelle, Grillsenburg. Treffen mit Tour 1.

Offen a. Ruhr. Jeden 1. Donnerstag im Monat im Restaurant Baumhof, A. Düker, Baumstr. 26: **Mitgliederversammlung.** **Lesabend,** **Nähabend** jeden Donnerstag. Freundinnen sind bei allen Veranstaltungen mitzubringen.

Frankfurt a. M. 4. Juli: **Spaziergang.** Treffpunkt: 4 Uhr an der Stadtbibliothek, Lange Straße. Führerin: Kollegin Thürauf.

11. Juli: **Ausflug** nach Darmstadt. Abfahrt des Zuges wird in den Tagesblättern unter Vereinsnachrichten bekanntgegeben. Die Kolleginnen, welche sich daran beteiligen wollen, haben darauf zu achten.

18. Juli: **Ausflug** nach Bergen. Treffpunkt: 3¼ Uhr, Saalburgstraße, Linie 20.

25. Juli: **Generalversammlung** bei Körper, Allerheiligenstraße 26, Wirtschaft zum grünen Wald. Nachmittags 5 Uhr.

Kolleginnen, kommt zu den vorgeseheneu Veranstaltungen und erzieht in Euch des Solidaritätsgeföhls. Anmeldungen zu dem Zuschußbeschluss werden noch angenommen.

Hannover. Sonntag, 11. Juli, **Spaziergang** nach dem Ahlemer Baum. Treffpunkt Endstation der Straßenbahnlinie 14 und 6 in Zimmer.

Mittwoch, 21. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 4: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal, 2. Berichtswesen.

Sonntag, 8. August, **Tagesstour** nach Dissenhof. Treffpunkt morgens 6¼ Uhr an der Markthalle. Pünktliches Erscheinen notwendig. Jeden Mittwoch, **Handarbeitsabend** im Büro, Odeonstr. 16/18 III, Zimmer 18.

Karlruhe. Die Auskunftsstelle befindet sich bei Frau Elise Duf, Poststraße 16, Hof III, und ist an jedem Werktag mit Ausnahme der Samstage geöffnet von nachmittags ¼5—¼7 Uhr.

Rödingberg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, von 6 bis 9 Uhr abends: **Zahlabend.** 23. St.

Jeden Donnerstag nach dem 15. des Monats: **Mitgliederversammlung** im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Vor dem Hofgarten 61, 62.

Leipzig. Sonntag, 11. Juli, nachmittags ¼4 Uhr, ab Germania- bad: **Stechpartie;** anschließend Spaziergang nach Friedenseiche, Dölitz.

Donnerstag, 15. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: Berufsfragen.

Sonntag, 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, ab Endstation Schönefeld: **Ausflug** nach Poritz, Gohlis.

Widdau. 17. Juni, abends 8 Uhr: **Öffentliche Hausangestelltenversammlung** im Schöberggraben.

Jeden 1. Mittwoch im Monat: **Mitgliederversammlung** im Restaurant Reih, Hühnergasse.

Wandeburg. Dienstag, 6. Juli, im Diamantbad, Berliner Str. 14: **Mitgliederversammlung,** anschließend Kalerhaltungsabend.

Dienstag, 20. Juli: **Handarbeitsabend.**

Unser Büro, das sich Gr. Mühlstr. 31 befindet, ist geöffnet: Montags, Donnerstags und Freitags, abends von 6 bis 8 Uhr, für jedenmann. Kolleginnen, besucht fleißig die Versammlungen, führt dem Verbands neue Mitglieder zu, hebt die Versammlungen auch als Zahltag an.

Nürnberg-Hilth. Jeden Mittwoch: **Zusammenkunft** im Lokal zum blauen Pfau, Neue Gasse.

Sonntag, 18. Juli: **Ausflug** nach Bollhaus. Treffpunkt: Ecke Allerberger und Wobanstraße. Führung: Frau Müller.

Sonntag, 25. Juli: **Ausflug** nach Stein, Felsenteller. Treffpunkt: Endstation Schweinau. Führung: Frau Besser.

Sonntag, 1. August: **Ausflug** nach Siedlungswerk 11. Treffpunkt: Endstation Herrenhütte, Linie 21. Führung: Frau Fiedler.

Sonntag, 8. August: **Tanzveranstaltungen** im Saale der Goldenen Rose, Webersplatz. Anfang 3 Uhr.

Sonntag, 15. August: **Ausflug** nach Alte Weste. Treffpunkt: Ludwigsbahnhof. Führung: Fr. Stiegler.

Bitte die Endstationen der Straßenbahnlinien zu beachten. Treffpunkt ständig ¼4 Uhr. — Die Zentralbibliothek und die Schneiderei ist Luderstr. 20.

Stettin. Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends ¼9 Uhr, im Volkshaus: **Mitgliederversammlung.**

Jeden Mittwoch, abends ¼9 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1, pt.: **Handarbeitsabend.**

Widdau. Am 15. August findet ein **Ausflug** mit Musik nach der Dankrüher Schuttede statt. Dasselbst ein Läuägen. Der Betrag von 3 Mt. für jede beteiligende Person wird im Juli mit dem Wochenbeitrag erhoben. Stellen hierzu: nachmittags ¼2 Uhr im Restaurant Brauererschloägen, Schloästr. 2. Abmarsch pünktlich 2 Uhr.

Briefkasten.

Kolleginnen!

Die Redaktion ersucht aufs neue alle Schriftföhrer, möglichst kurz und knapp über die Ortsgruppenvorstellungen zu berichten. Kollegen und Kolleginnen, denkt doch daran, daß ein ausführlicher Bericht nur für den betreffenden Ort reges Interesse hat, und dafür kann das Arbeiterblatt des betreffenden Ortes in Anspruch genommen werden.

Leipzig. Den Frankfurter Kolleginnen Marie Vittorf, Hanna Heine-mann, Herm. Gemmer, Kollegen Wehner und Bod für die hochherzige Spende zum Wiederaufbau der Ortsgruppe Leipzig unseren herzlichsten Dank. Möge ihr Wunsch der Nachahmung sich erfüllen. Hoch die Solidarität! Ortsgruppe Leipzig. J. A. W. Schindler.

Erhöhte Portoätze. Wie sparen wir trotzdem Porto? Am 6. Mai traten die Portoätze in Kraft, die eine rund 100prozentige Erhöhung bedeuten. Das läuft auf eine weitere Verteuerung der an sich schon ziemlich hoch gewordenen Bewahrungskosten hinaus und zwingt zur größtmöglichen Sparankeit auch bei den Portoauslagen, die mit leichter Mühe zu erreichen ist, wenn folgende Grundsätze beachtet werden:

1. Nicht um jede Einzelheit besonders schreiben. Sammelbriefe oder Sendungen machen. Ausnahmen nur in eiligen Sachen.

2. Wo Briefe sich erübrigen, schreibe man Postkarten.

3. Sich klar ausdrücken, deutliche Namen und sonstige Bezeichnungen schreiben, alles nötige Material den Sendungen gleich beifügen, um Rückfragen und -forderungen zu ersparen. Bei Materialbedarf das Wieviel angeben. Formulare richtig und vollständig ausfüllen. Die erforderlichen Papiere gleich mitsenden.

4. Sendungen aller Geschäftspapiere abgeben lassen, wenn sie schriftliche Mitteilungen nicht enthalten. Nicht versenden, sie als Geschäftspapiere zu bezeichnen, wie Drucksachen offen lassen, Absender auf Rückseite des Umschlages vermerken, denselben verzeichnen, damit nichts herausfällt.

5. Leichte Umschläge verwenden und noch brauchbare nicht fortwerfen. Umschläge reihe man nicht auf, öffne sie beim Klebeband, streiche die alte Adresse durch und verwende sie wieder. Papier sparen, da nicht nur teuer, sondern auch knapp.

6. Das richtige Gewicht beachten, um Straßporto zu vermeiden.

7. Selbstsendungen nur durch Scheiderleher und Zahlstellen.

Schließlich ergeben sich aus der Praxis neben diesen noch andere Portoersparmöglichkeiten, die beim einzelnen zwar nicht viel ausmachen, aber bei den häufigen und immer wiederkehrenden Sendungen und ureferent großen Geschäftsverkehr mit den Vertrauensleuten lassen sich die Unkosten um viele tausende Mark herabdrücken.

Schneidet dieses Merkblatt aus.

Kollegen und Kolleginnen! Besucht alle Veranstaltungen Eurer Ortsgruppe. :: Bringt zu den Vorträgen sowie Vergnügungen stets Kolleginnen, Freundinnen und Bekannte mit! :: Werbt Mitglieder! :: Bezahlt regelmäßig Eure Beiträge! :: Meldet stets die neue Adresse!